

Der kommunale Lobbyist

Wie sich Syvicol-Chef Emile Eicher die Gemeinde von morgen vorstellt

Interview: Marc Schlammes

Das Syvicol wird in diesem Jahr 35, eine nationale Vertretung der Gemeinden gibt es in Luxemburg bereits seit 70 Jahren. Viel Zeit zum Feiern bleibt dem Dachverband der Gemeinden nicht – zu unsicher bleiben die Perspektiven aufgrund der Corona-Krise. Zudem dürfen andere Herausforderungen nicht vernachlässigt werden, betont der Syvicol-Präsident, Emile Eicher (CSV).

Emile Eicher, was ist für den Syvicol-Vorsitzenden die wichtigste Erkenntnis aus der Corona-Krise?

In einer ersten Phase war das ein totaler Schock. Wir haben uns aber schnell gesammelt und wenn ich der Krise etwas Positives abgewinne, dann die Dynamik in und die Solidarität zwischen den Gemeinden. Es entstand ein sehr effizienter Erfahrungsaustausch. Auch dadurch konnten die vielfältigen Herausforderungen bewältigt werden, beispielsweise die Umsetzung eines Pandemieplanes oder die Aufrechterhaltung der kommunalen Dienste. Das ging alles sehr schnell und extrem einfach. Jahrelang wurde über das Thema Homeoffice diskutiert und gestritten und plötzlich hieß es „geht nicht gibt es nicht“. Und heute merken wir, dass man auch von zuhause aus effizient arbeiten kann.

Diese Beschreibung entspricht in etwa dem Prinzip der Widerstandsfähigkeit der Gemeinden, die Innenministerin Taina Boffering (LSAP) unlängst in einem „Wort“-Interview betonte.

Ganz gewiss. Nehmen Sie nur das Beispiel der Digitalisierung, wie rapide diese sich nun in den Gemeinden entwickelt und etabliert hat. Die einstige Skepsis ist einer selbstverständlichen Offenheit für diese Art des Arbeitens gewichen – wohl unter anderem auch, weil jeder merkt, wie wirksam und zielführend Videokonferenzen sein können. Sie haben dennoch eine Schwäche ...

... und die wäre?

Bei heiklen Diskussionen, wo sich die Entscheidungsfindung als schwierig erweist, fehlt der direkte Kontakt, um anhand von Gestik und Mimik des Gegenüber dessen Haltung wahrnehmen zu können. Da stößt das Modell nach meinem Empfinden an seine Grenzen.

Eine große Unbekannte bleibt corona-bedingt die finanzielle Entwicklung. Welche Auswirkungen werden die prognostizierten Einbußen auf die Gemeinden haben?

Nach jetzigem Stand wird der Einbruch nicht so dramatisch ausfallen, wie zuerst im März und dann im Oktober befürchtet. Das ist eine gute Nachricht. Weniger gut ist, dass die Corona-Krise die Gemeinden noch während einiger Jahre belasten wird, weil der Aufschwung nicht, wie ursprüng-

lich prognostiziert, von heute auf morgen wiederkehrt. Natürlich spielt auch die finanzielle Ausgangslage der Gemeinden eine Rolle. Wer bereits vor der Krise knapp bei Kasse war, der läuft nun Gefahr, richtig in die Breddouille zu kommen.

Für diese Kommunen stellt der Rückgriff auf den Reservefonds keine Alternative dar.

Aus dem Innenministerium hat es diese Empfehlung gegeben, nur verfügen viele Gemeinden über kein beziehungsweise kaum ein Finanzpolster. Wer in seinem ordinären Haushalt einen Überschuss von 100 000 Euro erwirtschaftet, der verfügt über keine Reserven. Hinzu kommt, dass der Lockdown vom Frühjahr 2020 nachwirken wird.

● Ich habe den Eindruck, dass sich die Regierung darauf verlässt, dass es die Gemeinden aus eigener Kraft durch die Krise schaffen.

Inwiefern?

Durch den damaligen Stillstand wurden auch in den Gemeinden keine Investitionen getätigt. Damals angedachte Ausgaben wurden auf 2021 übertragen, so dass sich die budgetäre Belastung erst nachträglich bemerkbar macht.

Haben Sie denn den Eindruck, dass die Regierung in dieser Krise die wirtschaftliche Bedeutung der Gemeinden – einerseits als Arbeitgeber, andererseits als Investor – gebührend wahrnimmt?

Ich habe eher den Eindruck, dass sich die Regierung darauf verlässt, dass es die Gemeinden aus eigener Kraft durch die Krise schaffen. Dabei verkennt sie, dass wir in vielen Bereichen der verlängerte Arm der Regierungspolitik sind. Die an uns herangetragenen Aufgaben, denken Sie nur an die Neuauflagen von Pacte loge-

ment oder Klimapakt, können wir nur erfüllen, wenn wir über angemessene Mittel verfügen. Wenn ich Luxemburg in diesem Punkt mit Deutschland vergleiche, muss ich feststellen, dass den Kommunen dort stärker geholfen wurde.

Es hat zumindest eine Anpassung der Subsidien gegeben.

Durch nachhaltigen Druck des Syvicol hat das Intérieur seine Subsidien um fünf Prozent angehoben. Das ändert aber nichts an einem wesentlichen Kritikpunkt: Die Subventionierung, die aufgrund der Finanzkraft einer Gemeinde festgelegt wird, erachten wir als nicht transparent. Wenn es diese Art von Ausgleich braucht, bedeutet das für mich, dass mit der Reform der Gemeindefinanzen die gewünschte Angleichung nicht geschafft wurde.

Sie beanstanden aber auch die Deckelung der Subsidien.

Der Syvicol weist schon lange darauf hin, dass die Obergrenzen einiger Subsidien, zum Beispiel bei einer Maison relais, seit etwa 20 Jahren nicht angepasst wurden. Obwohl sich die Baupreise seitdem quasi verdoppelt haben. Wir sollten den politischen Mut aufbringen und die Subsidien samt ihren Modalitäten auf den Prüfstand nehmen. Hier geht es um Planungssicherheit.

Muss man sich nicht gerade um jene Gemeinden Sorgen machen, die Kultureinrichtungen und Schwimmbäder betreiben, wo seit Monaten kaum Einnahmen zu verzeichnen sind?

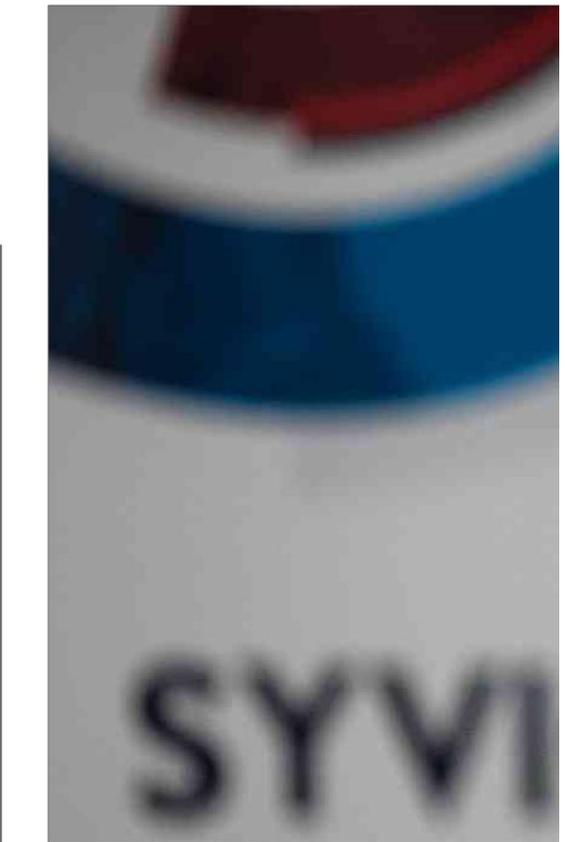
Das ist in der Tat ein Riesensproblem. Geht man davon aus, dass der Betrieb eines Schwimmbades schon im Normalfall finanziell ein Negativgeschäft darstellt, reißt dies jetzt richtige Löcher ins Budget – denn die Unterhalts- und Betriebskosten laufen weiter.

In dieser Legislaturperiode soll die Reform der kommunalen Finanzen auf den Prüfstand kommen. Wo sehen Sie, über die Subsidien hinaus, Handlungsbedarf?

Klärungsbedarf gibt es bei der Einstufung als Centre de développement et d'attraction (CDA) und den damit einhergehenden höheren staatlichen Zuschüssen. Da muss die Regierung auf die Unzufriedenheit in einigen Gemeinden reagieren, beispielsweise Diekirch und Ettelbrück mit dem Nordstad-Projekt. Dort stellt man sich zurecht die Frage, was man weniger anbietet als Esch/Alzette, das ein CDA ist.

Wäre es nicht denkbar, den Dauerbrenner Grundsteuer in diesen Reformprozess einfließen zu lassen?

Mit diesem Dossier, in das der Syvicol nicht eingebunden ist, tut sich auch diese Regierung schwer. Voraussetzung für eine Reform ist, dass die neuen Bebauungspläne vorliegen, auf deren Grundlage



Emile Eicher ist seit 1994 Bürgermeister (erst in Munshausen und ab 2011 in der Fusionsgemeinde Clerf), darf sich seit 2009 „député-maire“ bezeichnen und bekleidet seit neun Jahren den Präsidentenposten beim Syvicol.

Fotos: Chris Karaba

die Bestimmung der Flächen und deren Wert definiert wird. Und es gilt die Frage zu beantworten, was alles unter die Grundsteuer fällt: bebaubare Areale, nicht bebaubare Flächen, land- und forstwirtschaftliche Areale. Ich bin gespannt auf die Vorschläge von Blau-Rot-Grün.

Ein Dossier, bei dem die Regierung auf die Unterstützung der Gemeinden baut, ist der Wohnungsbau.

Staat und Gemeinden sind dazu verdammt, zusammenzuarbeiten, um die Wohnungsbaukrise zu bewältigen. In den Rathäusern ist man sich dessen bewusst: Das Thema Wohnungsbau wird in einer Umfrage, die das Syvicol im Juli 2020 bei den Kommunalpolitikern durchgeführt hat, mit Abstand als größte Herausforderung betrachtet – auch wenn es keine gesetzliche Aufgabe der Gemeinden ist. Wenn wir dieser Herausforderung nun gerecht werden wollen, muss man uns auch die Mittel dazu geben. Da geht es dann um Finanzen und Kompetenzen, insbesondere in den kleineren Kommunen.

Müssen sich die Gemeinden nicht auch eingestehen, in ungenügendem Maß auf verfügbare Mittel zurückzugreifen, Beispiel Spekulationssteuer, Beispiel Baulücken, Beispiel Vorkaufsrecht?

Das Vorkaufsrecht erachte ich als eine gute Sache. Es gehört jedoch aufgrund von juristischen und praktischen Auslegungen reformiert. Dass Gemeinden bis dato wenig darauf zurückgegriffen haben, erklärt sich für mich damit, dass sie selbst kein Bauprojekt für diese Parzellen in der Schublade hatten. Mit dem Erwerb allein ist es nicht getan, sofern man es sich finanziell leisten kann. Man hat als Gemeinde dann auch die Bringschuld, Wohnraum zu schaffen.

Das ist aufwendig. Beim Pacte logement 2.0 werden die Gemeinden wohl auch vor der Aufstellung eines Plan d'action local zurückerschrecken, den ihr Parteikollege Marc Lies als ein „unnützes bürokratisches Ungetüm“ bezeichnet.

Der Standpunkt des Syvicol war von Anfang an, nicht zu viel Zeit mit einem toten Dokument

● Staat und Gemeinden sind dazu verdammt, zusammenzuarbeiten, um die Wohnungsbaukrise zu bewältigen.





zu vergeuden, sondern konkrete Maßnahmen ergreifen und investieren zu können. Der nun vorliegende Kompromiss sieht vor, dass sich der PAL auf das Allernötigste beschränkt und als ein dynamisches Instrument genutzt und ohne allzu großen Aufwand angepasst werden kann.

Innenministerin Taina Bofferding will das Dossier der Fusionen relancieren. Als Bürgermeister einer Fusionsgemeinde (Clerf) dürften Sie diese Initiative nach Jahren des Stillstandes begrüßen?

Als Syvicol haben wir Fusionen stets befürwortet und ich weiß aus eigener Erfahrung, welche enormen Vorteile eine Fusion mit sich bringt. Mit der einst von Innenminister Jean-Marie Halsdorf (CSV) eingesetzten Task Force mit ihrer Beratermission befanden wir uns auf einem guten Weg. Leider wurde die Initiative von dessen Nachfolger Dan Kersch (LSAP) begraben und die Fusions-subsidien aus Gründen der Sparpolitik gekürzt, so dass der Elan dahin war. Mittlerweile wurden die Zuschüsse wieder um zehn Prozent angehoben und wir können auch die Toolbox der Ministerin nur begrüßen. Wesentlich bleibt auch heute, dass Fusionen das Prinzip der Freiwilligkeit beherzigen und dem Ziel dienen, Menschen zusammenzuführen.

Ohne einen gewissen Druck sind Fortschritte aber schwer zu bewerkstelligen.

Ich vertraue auf die gesellschaftlichen und demografischen Veränderungen. Selbst in kleinen

Landgemeinden nimmt die Zahl derjenigen ab, die nach dem Motto leben, es ging die vergangenen 50 Jahre gut und geht auch die folgenden 50 Jahre gut. Die Menschen erwarten sich heute von ihrer Gemeinde ein angemessenes Angebot an Dienstleistungen. Das kann eine kleine

Landgemeinde nicht mehr leisten. Wenn die Bürger sehen, was eine Nachbargemeinde leistet, wächst der Druck auf die eigene Kommune, dieses Angebot ebenfalls zu gewährleisten. Es reicht nicht mehr, wenn die Feldwege sauber sind.

Blicken wir auf das Wahljahr 2023: Ist bis dahin eine gesetzliche Regelung für den „élu local“ zu erwarten?

Wenn wir jetzt keine Regelung finden, werden sich viele kompetente Bürger nicht mehr auf ein kommunales Engagement einlassen. In Luxemburg wird der Schutz der Kommunalpolitiker nicht gerade groß geschrieben; gleichzeitig ist die Verantwortung des Bürgermeisters maßlos übertrieben. Das Syvicol befasst sich im Rahmen der Neufassung des Gemeindegesetzes zurzeit eingehend mit dieser Thematik.

Wird es über 2023 hinaus weiterhin die viel diskutierten Doppelmmandate in Luxemburg geben?

Ich gehe davon aus. Die Abschaffung würde voraussetzen, dass es bis dahin eine andere Vertretung der Gemeinden gibt. Andernfalls wären wir mit dem Problem konfrontiert, dass in der Abgeordnetenkammer keiner mehr vertreten wäre, der die Bedürfnisse der Kommunen kennt.

An der langjährigen Forderung, das Syvicol in eine Berufskammer umzuwandeln, halten Sie demnach fest?

Man soll die Hoffnung nie aufgeben.

Regionale Workshops

Als Interessenvertretung der Gemeinden ist dem Syvicol an einem guten Informationsfluss mit den Kommunalpolitikern gelegen. Im März wird der Dachverband der Gemeinden fünf regionale Workshops organisieren mit dem Ziel, das miteinander zu optimieren. Grundlage dieses Online-Austauschs ist eine Befragung aus 2020. Darin hatten sich die teilnehmenden Lokalpolitiker unter anderem für ein besseres Angebot bei der Weiterbildung und einen besseren Dialog zwischen den Kommunen ausgesprochen.

Was die kommunalen Herausforderungen betrifft, rangieren Wohnungsbau, Mobilität und Verwaltungsaufwand bei den Befragten ganz oben. Nachstehend die Termine für die Workshops:

- Montag, 8. März, 18 bis 20 Uhr (Süden)
- Montag, 15. März, 18 bis 20 Uhr (Westen/Zentrum)
- Samstag, 20. März, 9 bis 11 Uhr (Norden)
- Montag, 22. März, 18 bis 20 Uhr (Westen/Zentrum)
- Samstag, 27. März, 9 bis 11 Uhr (Osten)

► www.syvicol.lu